Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8831**

14. Wahlperiode 19. 04. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

1. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/6750 –

Gesamtwaldbericht

2. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Heidemarie Wright, Brigitte Adler, Ernst Bahr, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Steffi Lemke, Ulrike Höfken, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 14/8036 –

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/6750 –

Gesamtwaldbericht

3. zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/8037 –

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/6750 –

Gesamtwaldbericht

A. Problem

Zu 1.

Einem Beschluss des Deutschen Bundestages von 1999 entsprechend hat die Bundesregierung einmal in der Legislaturperiode einen Gesamtwaldbericht

vorzulegen, in dem die früher getrennt vorzulegenden Tropenwaldberichte und nationalen Waldberichte zusammengefasst sind. Dieser Bericht beschreibt die Verbreitung, die ökologische, soziokulturelle und ökonomische Bedeutung des Waldes infolge seiner vielfältigen positiven Funktionen sowie aktuelle Gefährdungen der Wälder der Erde. Nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) werden weltweit rund 15 Mio. Hektar Wald – vorwiegend bedingt durch die Strukturschwächen in den Entwicklungs- und Schwellenländern und die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen – zerstört, insbesondere in den Tropen.

In Deutschland bereiten vor allem die Immissionsschäden und Waldzerschneidungen durch Infrastrukturmaßnahmen weiterhin die größten Sorgen.

Zu 2.

Die Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben auf Drucksache 14/8036 einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem sie zu dem Gesamtwaldbericht auf Drucksache 14/6750 Stellung beziehen und die Bundesregierung zu einem Maßnahmenpaket auffordern.

Zu 3.

Die Fraktion der CDU/CSU hat auf Drucksache 14/8037 ebenfalls einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem sie zu dem Gesamtwaldbericht auf Drucksache 14/6750 Stellung bezieht und die Bundesregierung zu einer Reihe von Maßnahmen auffordert.

B. Lösung

Zu 1.

Kenntnisnahme des Gesamtwaldberichts auf Drucksache 14/6750

Zu 2.

Annahme des Entschließungsantrags auf Drucksache 14/8036 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Zu 3.

Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 14/8037 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/6750 –,

1. den Entschließungsantrag auf Drucksache 14/8036 anzunehmen,
2. den Entschließungsantrag auf Drucksache 14/8037 abzulehnen.

Berlin, den 20. März 2002

Der Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Vorsitzender

Peter Bleser
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Peter Bleser

I.

Zu 1.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 212. Sitzung am 24. Januar 2002 den Gesamtwaldbericht auf Drucksache 14/6750 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Tourismus überwiesen.

Zu 2.

Der von den Koalitionsfraktionen eingebrachte Entschließungsantrag auf Drucksache 14/8036 zum Gesamtwaldbericht wurde in derselben Sitzung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

Zu 3.

Der von der Fraktion der CDU/CSU eingebrachte Entschließungsantrag auf Drucksache 14/8037 zum Gesamtwaldbericht wurde in derselben Sitzung an den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

Der federführende Ausschuss hat die Vorlagen in seiner 89. Sitzung am 20. März 2002 abschließend behandelt.

II.

Zu 1.

Aus dem vorliegenden ersten Gesamtwaldbericht der Bundesregierung geht hervor, dass jährlich rund 15 Mio. Hektar Wald zerstört werden, insbesondere in den Tropen. Durch den verstärkten Anbau von Plantagenwäldern wird der Waldrückgang netto auf rund 9 Mio. Hektar gesenkt, aber der Verlust von Naturwäldern kann dadurch nicht vollständig kompensiert werden.

In den Entwicklungs- und Schwellenländern sind vor allem Strukturschwächen und auch die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen die schwach entwickelten Länder vor allem als Lieferanten von Agrarprodukten und Rohstoffen auftreten, die Ursache für die Zerstörung der Wälder.

In nördlichen und temperierten Klimazonen wächst der Wald, sein Zustand wird allerdings durch Emissionsschäden, großflächige Waldbrände oder Großkahlschläge qualitativ verschlechtert.

In der Bundesrepublik Deutschland sind die Hauptursachen die Luftverunreinigungen, eine übermäßige Waldnutzung sowie die strukturbedingte Zersplitterung der Waldflächen. Die Bundesregierung setzt sich für Verpflichtungen zur Bewirtschaftung, Haltung und nachhaltigen Entwicklung der Wälder auf möglichst hohem Niveau ein. Die Luftreinhaltepolitik soll fortgesetzt und die Leistungsfähigkeit der Forstbetriebe gestärkt werden. Zusammen mit den Bundesländern sollen die Anstrengungen für einen naturnahen Waldbau, eine biologische Vielfalt und die Waldmehrung fortgeführt werden.

Weiterhin befasst sich der Bericht mit den positiven Faktoren des Waldes, insbesondere seiner ökologischen, ökonomischen und sozialkulturellen Bedeutung. Hierzu gehören insbesondere seine Funktion als Kohlenstoffspeicher, als Rohstofflieferant und erneuerbarer Energieträger bei nachhaltiger Bewirtschaftung sowie seine Bedeutung im Hinblick auf die biologische Vielfalt und die Erholungsversorgung.

Zu 2.

Mit dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen auf Drucksache 14/8036 zum Gesamtwaldbericht auf Drucksache 14/6750 wird die Bundesregierung u. a. aufgefordert,

a) sich auf der Ebene internationaler Waldpolitik aktiv in die internationale Walddebatte einzubringen, den Schwerpunkt auf den Erhalt der letzten großen Urwaldgebiete zu legen, finanzielle Mittel für Waldprojekte in Entwicklungsländern bereitzustellen und dazu beizutragen, dass bei der Erzeugung von Agrarprodukten und Rohstoffen in Industrie- und Entwicklungsländern international zu vereinbarende Umwelt- und Sozialstandards eingehalten werden;

b) auf der Ebene nationaler Waldpolitik die „neuartigen Waldschäden“ zu überwachen und die Anstrengungen zur Reduktion und Beseitigung dieser zu verstärken, eine interdisziplinäre Waldschadensforschung zu fördern, sich weiterhin für eine auf Abgas- und Lärmemissionsminderung ausgerichtete Verkehrspolitik einzusetzen, und dafür einzusetzen, dass die ökologische Bedeutung intakter Naturräume bei der Planung und Umsetzung von Verkehrsprojekten, Siedlungsvorhaben und anderen Großprojekten stärker berücksichtigt wird.

   Weiterhin wird die Bundesregierung aufgefordert, auf der Ebene nationaler Waldpolitik die Bereiche Zertifizierung von Wald als Indikator für nachhaltige Waldnutzung und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit heimischer Waldwirtschaft zu fördern.

Zu 3.

Mit dem Entschließungsantrag auf Drucksache 14/8037 zum Gesamtwaldbericht – Drucksache 14/6750 – wird die Bundesregierung u. a. aufgefordert, die die Forstwirtschaft nur belastenden Punkte der Novellierung des Naturschutzgesetzes rückgängig zu machen, die bisherigen Maßnahmen zur Gesundung des Waldes und der Waldböden fortzuführen und die Techniken zur weiteren Schadstoffabsenkung bei Pkw und Lkw positiv zu begleiten, den Forstbetrieben gezielt finanzielle Mittel für Maßnahmen zur Gesunderhaltung des Waldes bereitzustellen, den Absatz von Holz aus heimischen Wäldern zu fördern, die Errichtung von Biomasse-

Kraftheizwerken zu fördern und die Steuergesetzgebung im Sinne der Waldbesitzer zu ändern.

III.

Zu 1.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 76. Sitzung am 20. Februar 2002 den Gesamtwaldbericht zur Kenntnis genommen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner 80. Sitzung am 27. Februar 2002 den Gesamtwaldbericht einstimmig zur Kenntnis genommen.

Zu 2.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 76. Sitzung am 13. März 2002 die Annahme des Entschließungsantrags auf Drucksache 14/8036 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 76. Sitzung am 20. Februar 2002 die Annahme des Entschließungsantrags auf Drucksache 14/8036 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 77. Sitzung am 13. März 2002 die Annahme des Entschließungsantrags auf Drucksache 14/8036 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU und FDP und bei Abwesenheit der Fraktion der PDS empfohlen.

Zu 3.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 126. Sitzung am 13. März 2002 die Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 14/8037 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 76. Sitzung am 20. Februar 2002 die Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 14/8037 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen.

IV.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat die Vorlagen in seiner 89. Sitzung am 20. März 2002 abschließend behandelt.

Von den **Koalitionsfraktionen** wurde die Zusammenfassung des früheren Tropenwaldberichtes sowie des Waldberichtes in einen Gesamtwaldbericht der Bundesregierung begrüßt, da sich nur so die vielfältige Bedeutung des Waldes und die Umweltauswirkungen in ihrer Komplexität darstellen ließen.

Besondere Bedeutung komme im Kampf gegen den anhaltenden Waldverlust der Zertifizierung zur Förderung einer ausgewogenen Waldwirtschaft zu, die sich an ökonomischen, ökologischen und soziokulturellen Kriterien orientieren sollte. Hierbei sei die FSC-Zertifizierung am ehesten geeignet, Fortschritte zu bewirken, wie dies auch Erfolge deutscher Unternehmen zeigten. Zu begrüßen sei, dass es nun erstmals Anstrengungen gebe, die Vermarktung des Waldes und Fördermaßnahmen auch am Verbraucher zu orientieren. Daneben gehe es angesichts der kritischen Ertragslage der deutschen Forstwirtschaft darum, die Wettbewerbsfähigkeit des Rohstoffes Holz und die Möglichkeiten zur energetischen Nutzung zu verbessern.

Was die Situation der Tropenwälder betreffe, so verhinderten häufig unterschiedliche Interessenslagen und der Verkaufsdruck bei den Entwicklungsländern zur Bedienung der Schuldendienste eine nachhaltige Waldbewirtschaftung.

Seitens der **Fraktion der CDU/CSU** wurde kritisiert, dass der Tropenwaldbericht den Waldbericht in dem jetzigen Gesamtwaldbericht völlig überlagere. Dadurch sei das ursprüngliche gemeinsame Ziel, mit einem gesonderten Waldbericht neben den Waldschäden in einer differenzierten Betrachtungsweise auch die vielfältigen positiven Funktionen des Waldes darzustellen, verfehlt worden.

Für problematisch halte man die einseitige Bevorzugung des FSC-Zertifizierungsverfahrens durch die Koalition. Dieses sei zwar für den Schutz des Tropenwaldes notwendig, in dem durch die Holzbergung größere Schäden verursacht würden als durch den Einschlag selbst. Auf Grund des sehr bürokratisierten Verfahrens sei dieses System für Europa jedoch ungeeignet und würde die ohnehin schon schwierige Situation der Waldbesitzer noch mehr belasten. Hier sollte vielmehr das auf Initiative der Waldbesitzer Europas entwickelte PEFC-Zertifizierungsverfahren Anwendung finden, das sich bewährt habe.

Im Übrigen werden die Maßnahmen der Bundesregierung zur Stärkung der Wirtschaftskraft der heimischen Wälder als unzureichend bezeichnet.

Von der **Fraktion der FDP** wurde unterstrichen, dass in Deutschland der Holzzuwachs über der Entnahme von Holz liege, während es in den Tropenwäldern zu einer Übernutzung des Holzes komme. Eine nachhaltige Erhaltung der Wälder würde aber nur dann funktionieren, wenn damit auch ein wirtschaftlicher Erfolg verbunden werden könne. Eine wirtschaftliche Bewirtschaftung vor allem des Privatwaldes sei jedoch auf Grund der enormen Abgaben und Steuerlast kaum mehr möglich.

Berlin, den 20. März 2002

Peter Bleser
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333